**TOP: Das Europäische Jahr der Jugend 2022 gemeinsam gestalten!**

**Redebeitrag von Kathrin Dannenberg, MdL**

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung von 2017 zeigt, dass über 70 Prozent der befragten jungen Menschen zwischen 15 und 24 die EU-Mitgliedschaft ihres Landes sehr positiv bewerten. Und wissen Sie, was für sie ganz oben stand?

Die EU als Garant für den Frieden!

Das ist durch den Angriffskrieg Putins in der Ukraine seit 29 Tagen in Frage gestellt. Der Krieg steht vor unserer Tür, mitten in Europa- greifbar, bedrohlich, unvorstellbar. Unsere Aufgabe für die Kinder und Jugendlichen ist klar: helfen- unterstützen- trösten- in unsere Mitte aufnehmen, denn besonders sie leiden. Es muss Schluss sein mit diesem Krieg, Schluss mit der Gewalt, Schluss mit der Verfolgung Andersdenkender in Russland! Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf eine friedliche Zukunft- überall auf der Welt.

Sowohl in dieser Studie als auch bei der Konferenz zur Zukunft Europa wird deutlich, wie sich junge Menschen die EU vorstellen: sozialer, demokratischer, ökologischer, vor allem friedlich! Sie haben klare Vorstellungen, wie diese Gesellschaft gestaltet werden soll.

Das müssen wir aufgreifen. Sie brauchen aber auch Perspektiven.

Das muss Politik leisten.

Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend erklärt. Ihre Bedürfnisse sollen in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.

Doch nicht erst seit der Corona-Pandemie ist bekannt, in welch prekärer Lage sich viele Jugendliche in der EU befinden. In einigen Staaten liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50%. In Brandenburg ist sie gering, aber auch 5,8% sind zu viel. Doch 35,8 Prozent unserer Jugendlichen brechen die Ausbildung ab. Immer noch leben 16,8 % der Kinder und Jugendlichen in Brandenburg im Armutsrisiko, können schlechter am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir können davon ausgehen, dass viele dieser Jugendlichen die EU sicher nur durch die Landkarte kennen, leider nicht im persönlichen Erleben! Allein schon deshalb ist dies eine zutiefst soziale Frage.

Klar muss sein: Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf Schutz, Förderung und Beteiligung. Nicht ohne Grund sind ihre Rechte in der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten. Nicht ohne Grund gehören daher die Kinderrechte endlich ins Grundgesetz! Genau vor einem Jahr haben wir dazu einen Antrag hier im Plenum gemacht. Von Ihnen abgelehnt.

Die EU-Kommission hat mit ihrer Jugendstrategie 2019-27 klare Ziele für die Mitgliedstaaten formuliert, damit junge Menschen überall in Europa die bestehenden und künftigen Herausforderungen meistern können.

Dazu gehören unter anderem:

• Strukturen der Jugendförderung und -mitbestimmung sichern,

• Jugendliche dauerhaft im sozial-ökologischen Transformationsprozess hörbar, motiviert und sichtbar einbinden.

• Das Interesse und die aktive Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben und an Wahlprozessen, insbesondere auf Unionsebene steigern.

• Job- und Beschäftigungsangebote schaffen.

• Unbezahlte Praktika endlich verhindern.

• Die Umsetzung des Rechts auf Gleichbehandlung und Chancengleichheit.

• Jugendpolitik zu einer horizontalen Priorität machen, die in alle Politikbereiche entsprechend Eingang findet.

Brandenburg geht bereits einige Schritte, um die jungen Menschen zu stärken, aber schöpft längst nicht alle Möglichkeiten aus. Die Verankerung der verpflichtenden Beteiligung für Kinder und Jugendliche in den Brandenburger Kommunen war ein wichtiger Schritt. Jedoch müssen diese teilweise noch theoretischen Rechte von Kindern und Jugendlichen mit Leben gefüllt werden.

Das ist beim Fachgespräch letzte Woche im Europaausschuss deutlich geworden.

Die derzeit auf Europäischer Ebene stattfindende Konferenz zur Zukunft Europas hat hier vorgelegt. Ein Drittel der Beteiligten ist unter 25. Es wurden konkrete Handlungsvorschläge entwickelt, wie die EU weiterentwickelt werden kann. Greifen wir das auf und bauen wir Beteiligungsformate aus. Komplexe Themen wie das Funktionieren und der Aufbau der Europäischen Union müssen erlebbar gemacht werden.

Beispielsweise durch Planspiele und grenzüberschreitende Begegnungen, bei denen aber auch politische Entscheidungsträger\*innen anwesend sein müssen. Damit Vorschläge in politisches Handeln umgesetzt werden. Sonst verpuffen die vielen tollen Ideen und die jungen Menschen wenden sich enttäuscht von der Politik ab.

Und auch deshalb brauchen wir das Wahlalter ab 16 auf allen Ebenen. Gerade mal 4 Bundesländer ermöglichen Jugendlichen ab 16 die Wahl auf kommunaler und Landesebene, BB gehört dazu. Junge Menschen beschäftigen sich sehr wohl mit Politik- oft besser als viele Erwachsene- und wollen mitentscheiden, auch im Bund und in der EU!

Das umzusetzen, wäre das richtige Signal an die Jugend. Seite 3 von 3

Engagement zu würdigen, ist richtig, aber nicht genug!

Dafür braucht es eindeutig mehr finanzielle Mittel. Das ist jedoch im Antrag der Koalition nicht vorgesehen. „Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“- heißt es. Und damit Augenwischerei.

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Landesregierung beispielsweise die Zuschüsse zur Förderung der europäischen Integration und der europapolitischen Kommunikation kürzen wollte.

Erst ein Brandbrief der europapolitische Akteur\*innen im Land hat sie dazu gebracht, die Kürzung zurückzunehmen. Im Übrigen hat der Landtag im letzten Jahr beschlossen, dass die Landesregierung sich aktiv durch die Organisation und Durchführung von eigenen Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger an der Konferenz zur Zukunft Europas beteiligen soll (Drucksache 7/3549-B). Es braucht Geld und es braucht den Willen der Landesregierung. Der scheint nicht wirklich vorhanden. Ein einziger Dialog in Frankfurt (Oder) im Oktober 2021 reicht bei weitem nicht. Dass wir hier weitere Dialogveranstaltungen erwarten, haben wir bereits im Europaausschuss deutlich gemacht.

Und wo bleibt eigentlich die öffentliche Begleitung des Europäischen Jahrs der Jugend seitens der Ministerin? Begonnen hat das Jahr im Januar 2022. Wo ist die Ansprache an die Jugend auf Ihrer Webseite, wo ist die begleitende Kampagne, wo ist die konkrete Beteiligung der Schulen? Wie sollen denn junge Menschen sich einbringen können, wenn sie gar nicht wissen, welche Möglichkeiten sie haben?

Und nun noch zwei Worte zu ihrem Antrag:

Wir schließen uns gern Ihrer Würdigung, dem bekräftigen und begrüßen und werben und stark machen aller Akteur\*innen und Maßnahmen ihres Antrages an. Im Fachgespräch des Europaaus-schusses haben wir einen kleinen Einblick des vielfältigen Engagements erhalten. Respekt und Anerkennung dafür auch von meiner Fraktion.

Junge Menschen wirklich einbinden in politische Entscheidungen, Mitbestimmung ausbauen, Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Finanzierung der Programme ausbauen, Förderprogramm für Investitionsbedarfe bei den Jugendbildungsstätten/ KiEZen auflegen, ein Kinder- und Jugendbudget einrichten, Landesjugendplan dynamisieren, das Handeln der Kinder- und Jugendbeauftragten mit mehr Geld für Beteiligungsveranstaltungen stärken …das wären Maßnahmen, die deutlich machen, dass für uns in BB jedes Jahr ein Jahr der Jugend ist.